Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile in Unterabteilung II 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Unterabteilung 16), monatlich 2.5, für die 30 mm breite Petit-Reklamezeile 80, monatlich 100, für die 30 mm breite amtl. Colonelzeile 65, monatlich 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12220.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31 und 91. Lößnitz (Amt Aue) 440. Schneeberg 10. Schwarzenberg 2001. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückporto unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 130. Freitag, den 6. Juni 1930. 83. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden, daß die Verwaltung und Nutznießung des Malers Theodor Richard Unger in Beierfeld an dem Vermögen seiner Ehefrau Frieda Martha Unger geb. Schulz, ebenda, durch Ehevertrag vom 20. Mai 1930 ausgeschlossen worden ist. 2 A Reg. 159/30

Schwarzenberg, den 3. Juni 1930. **Das Amtsgericht.**

Ueber das Vermögen des Zimmerpoliers Hermann Max Schreier in Bernsbach, Nr. 29 M, Alleininhabers der Firma Max Schreier, Baugeschäft und Handel mit Baumaterialien, wird heute am 3. Juni 1930, nachm. 3 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Rechtsanwalt Konrad Gräßler in Beierfeld i. Sa. wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Juni 1930 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen

auf den 27. Juni 1930, vorm. 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 20. Juni 1930 anzeigen. K 20/30

Das Amtsgericht zu Schwarzenberg.

Freitag, den 6. Juni 1930, nachmittags ½3 Uhr sollen in Bockau, Gasthof Reichsadler, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden: **1 kleiner Motor, 1 Sprechapparat, 1 Plüschsofa und 1 Bild.**

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Aue.

Freitag, den 6. Juni 1930, vorm. 10 Uhr sollen in Beierfeld **4 gußgekapselte Schaltapparate, 5 Lampenkronen, 1 Motorrad (Wanderer 4 PS), 1 Elektroökonom, 1 elektr. Schalttafel, 1 Kurbelinduktor, 4 elektr. Leuchter u. 1 Schreibmaschine** mit Kasten öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. O 5616/29

Sammelort der Bieter: Gasthof zum Albert-Turm.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Bekanntmachung.

Zur Bekämpfung des in bedrohlichem Umfange auftretenden Grauen Lärchenwicklers beabsichtigt das Forstamt, im Laufe der nächsten 3 Wochen — also bis Ende Juni — bei günstigem Wetter Pflanzgärten, Kulturen und sonstige Jungorte im Lauterer Staatsforstrevier mit **Arsenpräparaten** zu bestäuben.

Zur Vermeidung von Schäden durch die Giftstoffe wird hiermit vor dem Sammeln von Walderzeugnissen, Pilzen, Blumen, Gräsern, grünem Reisig u. a. m. in den bestäubten Orten öffentlich gewarnt, insbesondere werden die Bienenhalter hiermit aufgefordert, für rechtzeitige Internierung oder Abtransport der Völker besorgt zu sein, so daß Verluste durch Arsenvergiftung vermieden werden.

Forstamt Lauter.

Bekanntmachung

betr. Abwalzung der Hammerstraße im Staatsforstrevier Crottendorf.

Vom 10. bis 12. Juni 1930 werden auf der Hammerstraße, innerhalb des Staatsforstreviers Crottendorf, und zwar auf der Strecke von der Einmündung der Straße an der kleinen Mittweida bis zum Zufahrtswege zum Dietrichschen Sägewerk Beschotterungsarbeiten ausgeführt.

Staatl. Forstamt Crottendorf.

Grasversteigerung. Hundshübler Staatsforstrevier.

Die diesjährige Grasnutzung von Wiesen des Hundshübler Forstreviers soll gegen sofortige Bezahlung unter den vorher bekannt zu gebenden Bedingungen an Ort und Stelle versteigert werden, und zwar:

am Sonnabend, den 14. Juni 1930,

ganz oder teilweise: Marienwiesen, Albertraum, Niedeckraum, Wapplerraum, Wernerwiesen, Becherwiesen, Bauermühlenwiesen, Leistnermühlenwiesen, Rohrbachwiesen, Haselgrundwiese, die unteren und oberen Weißbachwiesen, die Löscherwiesen, die Friedrich-Geierwiese, Gaidenbachwiesen, die Klöger- und Leistnerwiese, die Kunstwiese lit. x 2, die Brunnenwiese, die Mauselochwiese, die Mädlerwiese, Teil von Flurstück 525, Lippoldankauf und Flurstück Nr. 488 und 493.

Zusammenkunft: vorm. 8 Uhr am Kunstteich in der Marie.
Geldeinnahme: in Wapplers Gasthof in Hundshübel.

Forstamt Hundshübel. Forstkasse Schwarzenberg.

Nutzholzversteigerung. Hundshübler Staatsforstrevier.

Mittwoch, den 18. Juni 1930 ab 12 Uhr mittags im Fremdenhof „Burg Wettin" in Aue.

472 Stck. **w. Stämme** 10—24 cm = 69 fm. Aufbereitet i. d. Abt. 13, 15, 42, 66. 943 Stck. **w. Klöße** 7—14 cm = 35 fm., 2495 dgl. 15—19 cm = 257 fm., 1039 dgl. 20—24 cm = 179 fm., 343 dgl. 25—29 cm = 87 fm., 195 dgl. 30—pp. cm = 74 fm. Aufbereitet i. d. Abt. 15, 21, 22, 24, 26, 30, 31, 32, 36, 39, 42, 45, 48, 62, 66, 74, 41. Freihändiger Verkauf einzelner Posten vor der Versteigerung bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Forstamt Hundshübel. Forstkasse Schwarzenberg.

Eine neue Arbeitsgemeinschaft?

Die geplante Rettungsaktion.

Gemeinsames Opfer aller Wirtschaftskreise

Bisher sind nur ziemlich unbestimmte Nachrichten über Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverbänden untereinander und zwischen ihnen und den Gewerkschaften an die Oeffentlichkeit gelangt. Nunmehr wird folgendes mitgeteilt:

Auf die Veranlassung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und im Einvernehmen mit dem Kabinett haben nach vorangegangener Sondierung durch einzelne sehr bekannte Persönlichkeiten am Dienstag in einem etwas größeren Kreise Besprechungen über eine Vereinigung der Wirtschafts- und Finanznöte stattgefunden. An ihnen haben auch Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften teilgenommen, ferner maßgebende Persönlichkeit aus dem Handel- und Bankwesen. Den praktischen Ausgangspunkt für die Richtung, in der sich die Besprechungen bewegten, liefert ein in Oeynhausen gefällter Schiedsspruch, der ein Opfer der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Eisenindustrie zur Ermöglichung einer Kosten- und Preissenkung vorsieht. In der Erkenntnis, daß solche Opfer nicht viel nützen, wenn sie sich nicht über möglichst große Teile von Wirtschaft und Staat verbreiten, handelt es sich darum, die Gewerkschaften für eine wirkliche Mitarbeit am Kosten- und Preisabbau zu gewinnen, eine Mitarbeit, von der eine Verschlechterung der realen Arbeitnehmerkaufkraft nicht zu gewärtigen wäre, die aber die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie und die Möglichkeiten für die Ausnutzung ihrer Kapazität in segensreicher Weise steigern könnten. Im Zusammenhang mit den Bemühungen der Wirtschaftsverbände steht anscheinend auch der Beschluß des Reichskabinetts, über die eigenen Beratungen Stillschweigen zu bewahren, die selbstverständlich bei dem engen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Finanzen davon beeinflußt werden müßten, wie die Verhandlungen in der Wirtschaft selbst auslaufen.

Wenn es gelingt, das allgemeine Preisniveau zu senken und auf diese Weise durch ein Opfer der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Kaufkraft des deutschen Geldes und die Exportfähigkeit zu heben, dann dürfte, wie es heißt, auch das Notopfer in der bisher besprochenen Form erledigt sein. Die öffentlichen Aufwendungen müßten dann allerdings im Verhältnis der Lohn- und Preisverminderung reduziert werden, damit das Ziel der Wirtschaftsbelebung nicht von der Seite der wirtschaftlichen Aufwendungen, d. h. durch eine unverminderte Steuerlast für die Wirtschaft durchkreuzt wird.

Die Behauptungen des soz. „Vorwärts" über eine angebliche Sonderstellung des sog. „radikalen schwerindustriellen Flügels" entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Wenn die Bemühungen, durch eine gemeinsame Anstrengung und ein gemeinsames Opfer die Wirtschaftskrise zu heben, von Erfolg gekrönt sein sollten, so würde man immerhin eine Zeit, die in ihrer kritischen Natur an die schlimmsten Monate des Jahres 1923 erinnert, aus eigener Kraft überwunden haben.

Die Besprechungen zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, um eine Art erweiterter neuer Zentralarbeitsgemeinschaft zu begründen, sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Die Verhandlungen sind zunächst streng vertraulich geführt worden. Wie es heißt, soll bisher eine sehr weitgehende Annäherung der Auffassungen erzielt worden sein. So bezeichnete einer der Teilnehmer an den Besprechungen, ein führender Vertreter der Gewerkschaften, einem Mitarbeiter der DAZ." gegenüber das angestrebte Ziel als den größten denkbaren Versuch einer sozialen Befriedung und als den größten Fortschritt auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete in Deutschland.

Die Bestrebungen gehen dahin, eine Gemeinschaft zu schaffen, die für die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern alle Störungsmomente möglichst ausschaltet, insbesondere die Gefahr von Lohnkämpfen auf ein Minimum zurückführt. Auch die Vertreter der freien Gewerkschaften haben bisher an den Besprechungen tatkräftig mitgearbeitet. Reichspräsident v. Hindenburg, der über den Verlauf der Verhandlungen unterrichtet wurde, nahm mit Zustimmung von ihnen Kenntnis.

Nach anderen Mitteilungen sollen allerdings die Besprechungen mit den Gewerkschaften über Auswege aus der Krise noch zu keiner als bedeutsam anzusehenden Annäherung geführt haben, weil die Stellungnahme der Arbeitgeber in ihrer Gesamtheit ebensowenig als geklärt zu bezeichnen sei, wie die der Gewerkschaften, von denen sich namentlich die Freien Gewerkschaften von der als Gegengewicht gegen die vorgeschlagene Lohnkürzung angebotenen Preissenkung in einem Augenblick der Miet- und Tarifsteigerungen kein rechtes Bild machen könnten.

•

Wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaftsführern nicht, wie gemeldet worden war, bis nach Pfingsten vertagt worden, sondern gehen zur Zeit noch weiter. Nach dem Stande der Dinge ist anzunehmen, daß die Verhandlungen voraussichtlich noch vor Pfingsten zu einem positiven Ergebnis führen werden.

•

Ueber die Hineinbeziehung des Reichspräsidenten, über die gestern im „E. V." berichtet wurde, verlautet, daß am Dienstag nachmittag eine Kundgebung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände dem Reichspräsidenten vorgelegt worden und von ihm auch schon unterzeichnet gewesen sei, als im letzten Augenblick eine Meinungsverschiedenheit entstanden sei, welche die Veröffentlichung der Kundgebung verhindert hätte. Auf jeden Fall solle aber noch den Feiertagen eine Kundgebung des Reichspräsidenten veröffentlicht werden.

•

Natürlich sind, wie es sich bei einer Angelegenheit von so weittragender Bedeutung versteht, allerlei Kräfte am Werke, die Einigung zu verhindern. Es ist nicht unmöglich, daß eine Kundgebung des Reichspräsidenten als letztes Mittel vorgesehen ist, um Meinungsverschiedenheiten, die sowohl innerhalb der Arbeitgeberverbände, als auch zwischen ihnen und den Arbeitnehmerorganisationen noch auftauchen, beizulegen. Wenn es wahr ist, daß auch die freien Gewerkschaften bereit sind, an einer allgemeinen Aktion zur gleichzeitigen Senkung des Preis- und Lohnniveaus teilzunehmen, so würden sie sich in Gegensatz zu der radikalen sozialistischen Presse stellen, die aus agitatorischen Gründen jeden Abbau der Bezüge von vornherein als indiskutabel hinstellt. Bezeichnend ist, daß das hier verbreitete, allerdings besonders demagogische, Parteiblatt schon auf die ersten Nachrichten von einer möglichen Einigung der Wirtschaftsverbände seine Kopfseite mit folgenden Schlagzeilen schmückt: Lohndruckoffensive der Unternehmer — Die Reichsregierung in der Unternehmerfront — Hindenburg als Lohndrücker.

•

Wenn trotz aller Widerstände das große Werk einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer- und Arbeiterverbänden gelänge, so würden die Auswirkungen nicht nur auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt bleiben. Das deutsche Volk würde darüber hinaus dem Ideal einer Volksgemeinschaft näherkommen, für das sich seine Besten bisher vergeblich eingesetzt haben. ⊙

• • •

Rücktrittsabsichten des Reichsfinanzministers?

Berlin, 4. Juni. Die Gerüchte über angebliche Rücktrittsabsichten des Reichsfinanzministers scheinen, wie die T. U. erfährt, darauf zurückzuführen zu sein, daß der Reichsfinanzminister mit seinen Vorschlägen zur Ausbalancierung des Reichshaushalts in seiner eigenen Fraktion auf wachsende Schwierigkeiten gestoßen ist. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei lehnt nach wie vor eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 1 v. H. ab und erklärt, daß sie über die Vorschläge der Reichsanstalt, die ½ v. H. vorsehen, nicht hinausgehen könne. In der Frage der Deckung des echten Haushaltfehlbetrages wünscht die Fraktion abzuwarten, wie sich die weitere wirtschaftliche Lage und die Kassenlage des Reiches entwickelt. In politischen Kreisen wird angenommen, daß der Reichsfinanzminister mit diesen Vorschlägen im Kabinett nicht hat durchdringen können.

Von anderer Seite wird eine Darstellung über die Verhandlungen des Kabinetts gegeben, nach der die Regierung in keiner Weise daran denkt, das Deckungsprogramm bis zum Herbst zu vertagen. Eine solche Vertagung könnte höchstens vom Reichstag verlangt werden. Das Kabinett drängt aber nicht zu einer derartigen Maßnahme.

• • •

Berlin, 4. Juni. Reichspräsident v. Hindenburg wird morgen Berlin verlassen, um einen kurzen Erholungsurlaub zu nehmen.